

Länder unterstützen Finanzmarktsteuer

Umfangreicher Ausnahmekatalog - Hessen will London dabei haben

Börsen-Zeitung, 22.10.2011

wf Berlin - Die Bundesländer haben sich hinter den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in ganz Europa gestellt. Einen entsprechenden Beschluss fassten die Finanzminister der Bundesländer nach Informationen der Börsen-Zeitung einstimmig. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte die Europäer erst in diesen Tagen wieder in London aufgefordert, bei diesem Vorhaben "kühn" voranzugehen. Die Bundesländer wollen zudem, dass die Einnahmen - entgegen dem Brüsseler Vorschlag - den EU-Staaten zufließen sollen und nicht in Brüssel bleiben.

Die Finanzminister der Länder legen besonderen Wert darauf, alle Finanzinstrumente so zu erfassen, dass es zur gleichen Belastung vergleichbarer Anlageprodukte kommt, zumindest solange die Steuer nicht gezielt als Lenkungsinstrument wirken soll. Zudem sprechen sie sich für einen gleichmäßigen Steuervollzug bei Transaktionen mit EU-fremden Finanzinstituten aus. Doppelbesteuerung bei der Beteiligung mehrerer Parteien an einer Transaktion soll ebenso ausgeschlossen sein wie mit Ländern, die selbst Finanzmarkttransaktionen belasten. Dazu gehört beispielsweise die Schweiz.

Einig sind sich die Bundesländer auch über einen Ausnahmekatalog von Produkten, die steuerbefreit bleiben sollen: So sollen - über den EU-Vorschlag hinaus, der Emissionen von Anleihen öffentlicher Haushalte steuerfrei stellt - auch Transaktionen der öffentlichen Schulden- und Liquiditätsverwaltung, Sondervermögen, Förderbanken und angelehnt an den Euro-Rettungsschirm EFSF auch nationale Einrichtungen zur Finanzmarktstabilisierung ausgenommen sein. Auch Produkte, die der betrieblichen und privaten Altersvorsorge dienen, wollen die Länder verschonen.

Hessen weicht indessen in einem Punkt von den übrigen Bundesländern ab: Es folgt dem Brüsseler Vorschlag, dass die Mitgliedstaaten die Steuersätze - oberhalb eines Mindestsatzes - selbst gestalten sollen. Die übrigen Finanzminister dringen indessen auf einheitliche Steuersätze in ganz Europa. Hessens Finanzstaatssekretärin Luise Hölscher setzt sich dafür ein, eine solche Steuer nur flächendeckend zu verankern. "Wir unterstützen grundsätzlich das Ansinnen zur Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen", sagte Hölscher der Börsen-Zeitung. Dies sei aber nur "richtig und sinnvoll", wenn die Steuer mindestens in der gesamten Europäischen Union, also inklusive des Finanzplatzes London, eingeführt werde.

Börsen-Zeitung, 22.10.2011, Autor wf Berlin, Nummer 204, Seite 1, 301 Worte

bz.de URL zum Artikel:

<http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2011204014&titel=Laender-unterstuetzen-Finanzmarktsteuer>